

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Franz Maget, Isabell Zacharias, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein und Fraktion (SPD),

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschaffung der Studienbeiträge in Bayern – sofort!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten um die Studienbeiträge unverzüglich abzuschaffen. Das Bayerische Hochschulgesetz wird insofern geändert, dass künftig keine Studienbeiträge erhoben werden. Die fehlenden Mittel werden den Hochschulen in vollem Umfang durch den allgemeinen Staatshaushalt zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Am 22. Oktober 2012 hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof entschieden, dass der Antrag der FREIEN WÄHLER auf Zulassung eines Volksbegehrens „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen“ zuzulassen ist. Sowohl die SPD als auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen nach diesem Urteil das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER.

Bayern ist neben Niedersachsen das einzige Bundesland, das von seinen Studierenden noch Studienbeiträge erhebt. Hochschulfinanzierung jedoch ist Sache des Staates und darf nicht den Studierenden aufgebürdet werden. Statt konsequent den Zugang zu einer qualifizierten Hochschulausbildung für breite Gesellschaftsschichten zu erleichtern, werden durch die Studienbeiträge zusätzliche Hürden aufgebaut und der Akademiker- und Fachkräftemangel verschärft. Zudem wirken Studienbeiträge sozial selektiv, machen Bildung zur Ware und verstärken die Abhängigkeit der Studierenden vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Durch die sofortige Abschaffung der Studienbeiträge und die Schaffung der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen können die Staatsregierung und der Landtag sich eindeutig bekennen, noch vor Durchführung des Volksbegehrens Klarheit schaffen und die längst überfällige Bildungsgerechtigkeit für die Studierenden in Bayern herstellen.